

Stand: 09.02.2026 08:55:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15171

"Entzug staatlicher Parteienfinanzierung als mögliche Sanktion unterhalb der Schwelle des Parteiverbots"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15171 vom 31.01.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15516 des VF vom 16.02.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 09.03.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Entzug staatlicher Parteienfinanzierung als mögliche Sanktion unterhalb der Schwelle des Parteiverbots

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die vom Bundesverfassungsgericht angedeuteten Handlungsspielräume des verfassungsgebenden Gesetzgebers in Bezug auf eine gesonderte Sanktionierungsmöglichkeit im Fall der Erfüllung einzelner Tatbestandsmerkmale des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) unterhalb der Schwelle des Parteiverbots, insbesondere durch Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung, sorgfältig geprüft und möglichst umgesetzt werden.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 (2 BvB 1/13) festgestellt, dass die NPD zwar die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfe. Sie könne aber wegen ihrer Bedeutungslosigkeit nicht verboten werden. In seinem Urteil führt das Gericht aus, dass Art. 21. Abs. 2 Satz 1 GG derzeit „bei Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen der Norm ausschließlich die Feststellung der Verfassungswidrigkeit als Rechtsfolge vor[sehe]. Unterhalb der Ebene des Parteiverbots liegende Sanktionen – etwa die Kürzung oder Streichung staatlicher Finanzmittel – sind nach der gelgenden Verfassungslage ausgeschlossen.“ (Rn. 625). Solange der verfassungsändernde Gesetzgeber keine abweichenden Regelungen treffe, sei für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen des Art. 21 Abs. 2 GG kein Raum, so das Gericht.

Nach diesem Hinweis könnte eine verfassungskonforme Regelung also grundsätzlich möglich sein. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts deutete in seiner Einführung im Rahmen des Urteils derartige Handlungsspielräume an.

Die Antragsteller sind der Ansicht, dass der Staat nicht verpflichtet sein sollte, eine Partei, die seine Grundordnung beseitigen will, solange mit Steuermitteln zu fördern, bis sie bedeutend genug ist, um ihre gesteckten Ziele durchzusetzen. Nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren müssen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Partei mit allen uns zur Verfügung stehenden Maßnahmen unterhalb des Parteiverbots bekämpft werden. Der Entzug der Parteienfinanzierung stellt u.E. ein geeignetes Mittel dar.

tung der gesamten Gesellschaft und damit jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Georg Eisenreich! Natürlich will auch die SPD diesen Bericht, wenngleich man aufgrund Ihres Redebeitrags inzwischen genau weiß, was passiert. Nichtsdestoweniger haben wir jetzt die Gelegenheit, die ganze Problematik auf den Prüfstand zu stellen. Ich habe mich über die Aussage der Kollegin Eiling-Hüting gefreut, und auch Sie haben das gesagt: Da, wo Lücken sind, werden Sie gegebenenfalls nachbessern.

Ich meine, es gibt durchaus Lücken; wenn man sich mit den Lehrkräften unterhält, erfährt man dies. Ich hätte gerne eine Aussage von Ihnen, Herr Staatssekretär, wie man es mit einer Stunde Sozialkundeunterricht in der 10. Klasse der Realschule ermöglichen kann, die Zusammenhänge verständlich zu machen. Wie kann man den Schülern beibringen, kritisch Fragen zu stellen, und wie kann es ihnen ermöglicht werden, sich mit aktuellem Zeitgeschehen auseinanderzusetzen? Das kann man in einer Stunde wohl kaum schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Gymnasien. Auch da muss man hinschauen.

Ich bin mir durchaus der Tatsache bewusst, dass politische Bildung nicht allein auf den Sozialkundeunterricht zu beschränken ist. Gleichwohl sollte man genau ansehen, ob das, was wir jetzt so schön formulieren, möglich ist.

Und noch etwas will ich gerne ansprechen. Wie sieht es mit der Sicht der Schüler aus? Ich nehme an, Herr Staatssekretär, dass auch Sie sich mit vielen Schülerinnen und Schülern unterhalten. Teilweise ist es erschreckend zu erfahren, was diese an politischem Wissen und Hintergrund haben. Auch darauf sollten wir den Fokus richten: Wie beurteilen junge Menschen selbst ihren Wissensstand, und wie weit können sie damit in Diskussionen bestehen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, auswendiglernen ist das eine, aber sich vertieft mit Themen auseinanderzusetzen und kritisch Fragen zu stellen ist das andere. Darauf würde ich mein Augenmerk richten. Ich fasse meine Frage noch einmal zusammen: Kann man in einer Stunde die Zusammenhänge wirklich erklären?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich glaube, wir können dieses wichtige Thema nicht nur auf eine Stundendiskussion reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine fächerübergreifende und schulartübergreifende Aufgabe. Die Sozialkunde ist dabei ein wichtiges Leitfach, allerdings auch andere Fächer wie Geschichte, Religion oder Ethik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ob es am Ende Sinn hat oder notwendig ist, Sozialkunde zu stärken, wird man sehen. Insgesamt möchte ich allerdings sagen: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Diese Offenheit haben wir. Den Anspruch, das Bestmögliche zu bieten, haben wir auch. Insofern freuen wir uns auf die Diskussion, die dann eine gute Grundlage hat, wenn wir den entsprechenden Bericht vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Weil die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, werde ich zunächst in einfacher Form über die Anträge abstimmen lassen, für die keine namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich hoffe, dass dann die namentliche Abstimmung gleich angeschlossen werden kann.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15170 auf. Wir haben hier einfache Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15188 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzugeben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15171, 17/15172 und 17/15175 sowie 17/15189 mit 17/15191 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/15171

**Entzug staatlicher Parteienfinanzierung als mögliche Sanktion
unterhalb der Schwelle des Parteiverbots**

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Florian Streibl**
Mitberichterstatter: **Jürgen W. Heike**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 67. Sitzung am 16. Februar 2017 beraten und für erledigt erklärt.

Franz Schindler
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Januar 2017 (Vf. 1-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 1 Abs. 1 Nr. 2 und des Art. 22 Satz 1 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 178) geändert worden ist,
 2. des Unterlassens des bayerischen Gesetzgebers, ein Gesetz über die Staatsangehörigkeit zu erlassen
- PII-G1310.17-0001
Drs. 17/15653 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Februar 2017 (Vf. 2-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 53 Satz 1 des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der Jugendstrafe (Bayerisches Strafvollzugsgesetz – BayStVollzG) vom 10. Dezember 2007 (GVBl. S. 866, BayRS 312-2-1-J), das zuletzt durch Art. 17a Abs. 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist
PII/G 1310.17-0002
Drs. 17/15654 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Angelika Weikert u.a. SPD
Studie „Junge Männer und Gewalt“
Drs. 17/10159, 17/15527 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschaffung von Schulgeld an Berufsfachschulen für Physiotherapie
Drs. 17/13414, 17/15638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Maßnahmen zur Gebäudebegrünung bei staatlichen Bauämtern
Drs. 17/14193, 17/15628 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
„Förderung der kommunalen Elektromobilität“
Drs. 17/14418, 17/15627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lkws zum Transport größerer Eichgewichte für die Eichamtsbezirke München, Nürnberg und Augsburg
Drs. 17/14427, 17/15629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Neue IQB-Studie bestätigt: In Bayern ist Abhängigkeit von Geldbeutel und Herkunft in der Bildung viel zu groß
Drs. 17/14479, 17/15639 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Förderung für den Anschluss an überwiegend regenerative Nah- und Fernwärmesysteme im 10.000-Häuser-Programm
Drs. 17/14480, 17/15630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bildungsstudien ernstnehmen – Bayerns Schulen gerechter aufstellen!
Drs. 17/14500, 17/15640 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Neuausrichtung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Bereich
der Tierhaltung – Erkenntnisse aus der Agrarkrise endlich anerkennen!
Drs. 17/14509, 17/15621 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Annette Karl,
Martina Fehlner u.a. SPD
Bayerisches Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft
Drs. 17/14528, 17/15632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Beachtung für den Bau- und Rohstoff Holz
Drs. 17/14532, 17/15636 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stärkere Förderung der Entlandung von Teichen im Rahmen des Europäischen
Meeres- und Fischereifonds!
Drs. 17/14703, 17/15622 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Martin Bachhuber,
Eric Beißwenger u.a. CSU
Bayerntourismus 4.0 I: Steigerung der touristischen Attraktivität von
Urlaubsregionen und Übernachtungsbetrieben durch Verbesserung
der Breitbandanbindung
Drs. 17/14780, 17/15633 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Martin Bachhuber,
Eric Beißwenger u.a. CSU
Bayerntourismus 4.0 II: Moderne Mobilitätskonzepte
Drs. 17/14781, 17/15634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Angelika Schorer,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bayerntourismus 4.0 III: „Urlaub auf dem Bauernhof“ weiterentwickeln
Drs. 17/14782, 17/15623 (ENTH)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Deutsches Museum in Nürnberg – Inhalte, Planungsstand, zeitliches Konzept
Drs. 17/14783, 17/15606 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Förderung der Imkerei in Bayern Teil I –
Bienenfreundliches Grünlandmanagement
Drs. 17/14827, 17/15624 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Förderung der Imkerei in Bayern Teil II –
Informationskampagne zur bienenfreundlichen Grünlandbewirtschaftung
Drs. 17/14828, 17/15625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Förderung der Imkerei in Bayern Teil III –
Runder Tisch mit den Imkerinnen und Imkern zum Thema Greening
Drs. 17/14829, 17/15626 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Berichtigung

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Lohnfortzahlungersatz für Arbeitgeber, die ehrenamtliche Einsatzkräfte im Rettungsdienst oder Katastrophenschutz für Fortbildungen freiwillig freistellen
Drs. 17/15033, 17/15498 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sichere Unterkünfte für queere Asylbewerberinnen und Asylbewerber
Drs. 17/12032, 17/15566 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat (berichtigt)

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entzug staatlicher Parteienfinanzierung als mögliche Sanktion unterhalb der Schwelle des Parteiverbots
Drs. 17/15171, 17/15516 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat (berichtigt)

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u.a. und Fraktion (CSU)
Ausschluss der NPD von der Parteienfinanzierung
Drs. 17/15189, 17/15515 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat (berichtigt)

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau des Terminals 1 am Flughafen München
Drs. 17/14512, 17/15635 (A)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

